

- 1. DEZ 1962

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/243

Bonn, den 4. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 Wieder in Bonn 42

Nach der Asienreise des Bundespräsidenten

2 Wird Bonn bald aktiv? 25

Präsident Gerstenmaier und die diplomatischen Beziehungen  
der Bundesrepublik zu Israel

2 Jetzt auch wirtschaftliches "Europa der Vaterländer"? 23

Zum Konflikt Erhard - Hallstein

3 - 4 Unpraktikables Sozialpaket 71

Auch Zahnärzte und Apotheker gegen Kostenbeteiligungsplan  
Von Konrad Schayer

5 - 7 Rotchinas militärische Macht 138

Nach der Waffenruhe an den Fronten des Himalayas

Die Kashmir-Frage

Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Wieder in Bonn

### Nach der Asienreise des Bundespräsidenten

sp - Schwer wog das Sorgegepäck, das Bundespräsident Lübke auf seiner nun beendeten Asienreise mitnahm. Täglich ließ er sich über den Stand der Bonner Krise unterrichten. Was er vernahm, mußte sein Herz bedrücken und bei ihm tiefe Kümmernisse auslösen. Er kommt gerade zur rechten Zeit zurück. Unter welchem Titel es auch immer stehen mag, ein neues und entscheidendes Kapitel in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik wird in diesen aufwühlenden Stunden und Tagen geschrieben und, wenn nicht alles täuscht, dürfte es auch zum Teil seine Handschrift tragen. Der Rat des Bundespräsidenten wird hier dringend gebraucht und seine Autorität muß das Siegel unter Entscheidungen setzen, die einer Zäsur in der Nachkriegsentwicklung gleichkommt.

Die Reise des Bundespräsidenten führte nach Pakistan, Thailand und Indien, in Länder mit mehr als 600 Millionen Bewohnern, etwa einem Viertel der Weltbevölkerung. Was Lübke auf den Stationen dieser Reise sah, erlebte, hörte und empfand, hat sich wohl bei ihm zu unauslöschlichen Eindrücken verdichtet. Ihm begegneten neben den zum Protokoll gehörenden festlichen Empfängen unvorstellbares menschliches Elend und menschliche Not. Nicht in allen Teilen unseres Volkes hat die Entwicklungshilfe einen guten Klang und manche Überkluge reden von ihr in einem verächtlichen Ton. Sie verkennen ihre Bedeutung in der weltweiter Auseinandersetzung gegen Hunger, Krankheit und Unwissenheit, an der teilzunehmen auch unsere sittliche Verpflichtung ist. Der Bundespräsident hatte reichlich Gelegenheit, sich durch Augenschein von den Auswirkungen der Hilfe zu überzeugen, die die Bundesrepublik diesen Ländern in mannigfacher Art gewährt. Ihre Früchte mögen heute noch bescheiden sein, morgen werden sie reichlich Zinsen tragen.

In der Persönlichkeit Lübkes fanden die Regierungen dieser Länder einen aufrichtigen Freund in ihrer Bemühungen, Anschluß an das moderne Industriezeitalter zu gewinnen.

Die Gespräche des Bundespräsidenten mit den führenden Staatsmännern und Politikern dieses Teils der Erde trugen auch zum Verständnis der deutschen Frage und ihrer Bedeutung für Europa und die Welt bei. Gewiß wird Nehru, freilich auch auf Grund eigener schmerzlicher Erfahrungen und Enttäuschungen, heute manches anders sehen und bewerten, als er es gestern sah und bewertete. Lübke sprach im Namen des ganzen deutschen Volkes, als er dem indischen Ministerpräsidenten seiner vorbehaltlosen Sympathie im Abwehrkampf Nehrus gegen die chinesische Aggression versicherte. Die Erkenntnis, daß der Friede unteilbar ist, der Krieg gegen ein Volk auch alle anderen Völker bedroht, dürften wohl beide Staatsmänner zum Ausgangspunkt von Überlegungen gemacht haben, deren Ergebnis sich noch fruchtbar auswirken wird. Man muß voneinander mehr wissen, um einander mehr geben zu können. Auf dem Konto der deutschen Nachkriegszeit zählt Lübkes Asienreise zum Aktivsaldo.

Wird Bonn bald aktiv?

sp - Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier ist aus Israel mit dem Eindruck zurückgekommen, daß man dort sehr bald die Herstellung normaler, das heißt diplomatischer Beziehungen, zwischen der Bundesrepublik und Israel erwartet. Der Bundestagspräsident hat in mehreren Erklärungen diesen in Israel gewonnenen Eindruck bekannt gegeben, aber auch hinzugefügt, die meisten seiner israelischen Gesprächspartner seien der Meinung, daß der nächste Schritt von Bonn getan werden müsse. Schon seit langem ist dem Auswärtigen Amt in Bonn bekannt, wie eigenartig man in Israel das Zögern der Bundesrepublik beurteilt. Als es vor einigen Jahren schon einmal so weit war, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik aufgenommen werden sollten, wich Bonn vor dieser Entscheidung zurück. Man behauptete plötzlich, Ägypten habe gedroht, die Regierung von Fankow anzuerkennen, falls Bonn diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehme. Seit dieser Zeit stellt man sich in Israel auf den Standpunkt, es könne nicht Sache der Israelis sein, die Bundesrepublik zu drängen; sie müsse selbst wissen, was sie tue. Wenn nun der Bundestagspräsident das Problem der deutsch-israelischen Beziehungen mit dem Ziele einer baldigen Lösung wieder in den Vordergrund gehoben hat, dann scheinen frühere Bedenken nicht mehr so gravierend zu sein. In der Tat ist das Verhältnis zwischen Israel und Ägypten etwas weniger verkrampft als früher, und Nasser dürfte nach den durchaus nicht guten Erfahrungen mit Ulbrichts Emissären ebenfalls die früheren Drohungen mit der Anerkennung der "DDR" nicht mehr so ernst nehmen. Sobald die Regierungskrise beendet ist, wird wahrscheinlich die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel auf der Tagesordnung stehen.

+ + +

Jetzt auch wirtschaftliches "Europa der Vaterländer?"

sp - Im Strudel der Diskussionen über die Regierungskrise in Bonn ist ein recht interessanter Vorgang beinahe vergessen worden, der sich zu einem Konflikt zwischen Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard und dem Präsidenten der EWG, Professor Hallstein, ausgeweitet hat. Im Gegensatz zu Professor Hallstein hat Professor Erhard die These vertreten, daß die Wirtschaft der sechs EWG-Länder keinen langfristigen Koordinierungs- oder gar Planungsüberlegungen unterworfen werden dürfe. Für seine Auffassungen fand Professor Erhard die Unterstützung seiner noch in Bonn amtierenden Ministerkollegen, während sich Professor Hallstein auf die Erfahrungen und Vorschläge der Experten der EWG-Länder stützt. Interessant ist hierbei, daß Professor Erhard in diesem speziellen Fall mit der Zustimmung des Bundeskanzlers rechnen kann, während der langjährige Vertraute Adenauers, Professor Hallstein, jetzt im Gegensatz zu Erhard steht. Die Beweggründe Adenauers dürften aber weniger wirtschaftlichen als vielmehr rein politischen Überlegungen Rechnung tragen. Adenauer weiß sehr gut, daß sein Freund de Gaulle, trotz einer im französisch-nationalen Rahmen durchaus dirigistisch orientierten Politik, im europäischen Rahmen dagegen ein möglichst lockeres Verhältnis der einzelnen Nationalwirtschaften zueinander befürwortet. Das entspricht de Gaulles Vorstellungen von einem "Europa der Vaterländer". - Es ist zu hoffen, daß der Konflikt zwischen Hallstein und Erhard bald beigelegt wird, da andernfalls auch auf diesem Gebiet der bundesrepublikanischen Politik bei unseren Freunden Mißverständnisse entstehen könnten.

+ + +

Unpraktikables Sozialpaket

Auch Zahnärzte und Apotheker gegen Kostenbeteiligungsplan  
Von Konrad Schayer

Die Zahnärzteschaft hat gegen die im Sozialpaket vorgesehene Selbstbeteiligung der Versicherten an den Aufwendungen für zahnärztliche Leistungen einschließlich der Vorsorgeuntersuchungen schwere Bedenken erhoben. "Die Tatsache, daß etwa 90 Prozent der Bevölkerung von Zahnfäule (Karies) befallen wird", so heißt es in der Stellungnahme, "sollte Veranlassung sein, den Weg zum Zahnarzt in jeglicher Beziehung zu erleichtern, ihn aber nicht durch gesetzliche Hürden zu erschweren." Es wäre "ein Anachronismus, wenn auf sozialpolitischem Gebiet eine Regelung getroffen würde, die der Förderung der Gesundheit abträglich wäre."

Als eine "unzumutbare und sozialpolitisch nicht vertretbare Belastung" für Rentner und weniger gutverdienende Versicherte hat die Apothekerschaft jetzt in einer offiziellen Stellungnahme die umfassenden Kostenbeteiligungen an der ärztlichen Behandlung und an der laufenden Arzneimittelversorgung bezeichnet. Die geplante Arzneikostenbeteiligung in Höhe von 1.-- bis 3.-- DM für jedes Rezeptblatt laufe darauf hinaus, daß die Versicherten und Rentner im Durchschnitt mit rd. 20 Prozent der Kosten der Arzneimittel belastet würden; der gegenwärtige Durchschnittsbetrag je Rezeptblatt betrage nämlich 5.45 DM. Diese Belastung komme zu der 25prozentigen Arztkostenbeteiligung hinzu, die bei einer Monatsrente von 350.-- DM nicht weniger als 7.-- DM monatlich betragen würde. Die Apothekerschaft erinnerte an die bereits vor 5 Jahren vorgelegten Kostenbeteiligungsvorschläge der Bundesregierung. Obwohl diese Vorschläge der Regierung damals für Rentner nur eine "halbe" Arzneikostenbeteiligung in Höhe von 0.25 DM bis 1.50 DM je Rezept vorsahen, hatte der Bundesrat sie in seiner Stellungnahme vom 21. Januar 1955 als eine für die Mehrzahl der Rentner "untragbare Härte" abgelehnt. Dieser Auffassung hatte sich auch der Bundestag angeschlossen, und es bei einer Kostenbeteiligung von 50 Pfennig je Rezeptblatt belassen.

Erhebliche Verwaltungsaufwendungen

Die von der Apothekerschaft jetzt geäußerten Bedenken richten sich zugleich gegen die "Erschwerung des Geschäftsbetriebes" und die "Erhöhung der Verwaltungskosten", die die beabsichtigte prozentuale Arzneikostenbeteiligung mit sich bringen würde. Die Apotheken würden gezwungen, "die bisherige möglichst vereinfachte Rechnungslegung wieder auf

umständliche Weise zu schreiben" und die Kontrolle der Rechnungen und der Rezepte würde erhebliche Verwaltungsmehraufwendungen bedingen.

Auf den enormen Verwaltungskostenaufwand, der sich bei Durchführung der geplanten 25prozentigen Selbstbeteiligung an den Kosten der ärztlichen Behandlung ergeben würde, hatte kürzlich bereits der Verband der Angestellten-Krankenkassen aufmerksam gemacht. Ein von diesem angestellte Untersuchung kam zu dem Ergebnis: Die geplante Kostenbeteiligung werde den Verwaltungsaufwand um mehr als 1/5 erhöhen und "weder heute noch in absehbarer Zeit" mit den zur Verfügung stehenden Arbeitskräften bei den gegebenen Arbeitsmarktverhältnissen durchzuführen sein.

Auch die Versichertervertreter des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen haben schwere Bedenken gegen die "außerordentlich hohen Verwaltungskosten" erhoben, die sich bei Verwirklichung der Kostenbeteiligungspläne ergeben würden. Der bei den Ortskrankenkassen entstehenden Mehraufwand dürfte sogar noch wesentlich höher sein als bei den Ersatzkassen, weil die Ortskrankenkassen nicht auf bereits bestehende Individualkonten aufbauen können. Der gewaltigste Verwaltungsaufwand wird jedoch bei den Kassenärztlichen Vereinigungen anfallen. Ihnen wird es nämlich obliegen,

für jede ärztliche Behandlung eines Versicherten eine Rechnung auszustellen,  
diese Rechnung sachlich und rechnerisch zu prüfen,  
jede Rechnung jedem Versicherten ins Haus zu senden  
und evtl. auch der betreffenden Krankenkasse zuzustellen,  
jeden Rechnungsbetrag auf dem für jeden Versicherten neu einzurichtenden Konto zu verbuchen,  
jedes Konto zu saldieren und den Saldo der betreffenden Kasse, bei Wechsel der Kasse mehreren Kassen, zuzusenden usw.

Wie diese Arbeiten überhaupt verwaltungsmäßig bewältigt werden können, wissen heute auch die größten Experten nicht zu sagen.

#### Nur mit Wehmut

Nur mit Wehmut denken heute Sozialpolitiker der CDU/CSU an jene Äußerung Erhard's vom 31. Mai 1961 zurück, die seinerzeit die Runde gemacht hatte: "Der Hustenbomben braucht nicht durch eine Massenbürokratie verwaltet zu werden." Jetzt heißt es, man müsse... den bürokratischen Mehraufwand in Kauf nehmen, wenn es um die Förderung der Freiheit gehe.

In dem Regierungsentwurf wird jedoch zum Kostenbeteiligungsprojekt mit holder Unschuld bemerkt, daß es "verwaltungsmäßig ohne besondere Schwierigkeiten durchgeführt werden kann". Für den Verwaltungsmehraufwand ist demnach in dem offiziellen Finanzierungsplan Nullkommanichts vorgesehen. - Was dazu wohl die Fachleute sagen?

### Rotchinas militärische Macht

Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

Unser Korrespondent für asiatische Länder, Erwin Erasmus Koch, berichtet im folgenden über die Lage an den Fronten des Himalayas. Die rotchinesische Offensive in Ladakh und an der McMahon-Linie hat drei Probleme aufgeworfen:

Kann sich Indien der erstrebten Hegemonie der Volksrepublik China über den Subkontinent erfolgreich widersetzen?

Wird die Kashmir-Frage in letzter Stunde gelöst werden oder wird Pakistan dem Bündnis mit dem Westen entsagen und den angebotenen Beistandspakt mit Rotchina abschliessen?

H.E. Koch gelang es, im Laufe seiner vor kurzem beendeten Reise durch Zentralasien über die Stärke der chinesischen Volksbefreiungsarmee konkrete Feststellungen zu treffen. Dieser Teil des Berichts beweist die ungeheure Drohung der militärischen Macht Rotchinas.

Die Redaktion

Während die Welt noch durch Alarmmeldungen über den Zusammenbruch der indischen Verteidigungslinien im Nordosten des Subkontinents diesseits der McMahon-Linie erneut aufgeschreckt wurde, hatte Rotchina plötzlich Waffenruhe angeboten. Der Grenzkrieg im Himalaya verlagerte sich von der militärischen auf die diplomatische Ebene. Nehru möge sich zu Verhandlungen über die Lösung der territorialen Fragen des Grenzraums von China und Indien bereitfinden, forderte Peking. Der Premier Indiens schweig dazu vorerst. Unterdessen trafen Berater aus den Vereinigten Staaten von Amerika und aus England in Neu Delhi ein. Zweifellos erörterten sie zunächst neben der militärischen Situation und ihren Folgen die bisherigen Ansprüche Rotchinas auf die umstrittenen Gebiete im Himalayagebiet.

Peking schwieg...

Die Machthaber vom "Tor des Himmlichen Friedens" hatten bereits 1950 fast unbemerkt eine Landkarte mit weit nach Süden vorgeschobenen Grenzen in das Pokerspiel der Großen gemengt. Nehru entgegnete darauf erzküht, am 20. November 1950 vor dem Lok Sabha: "Die McMahon-Linie ist unsere Grenze - ganz gleich ob mit oder ohne Landkarte". Die Antwort Pekings war Schweigen. Einige Jahre vergingen, dann, 1956, gab es einen Sturm im indischen Unterhaus. Nehru musste eingestehen, dass die Chinesen unbemerkt quer durch Aksai Chin, dem Nordost-Zipfel Ladakhs (Kashmir), ein 170 Kilometer langes Zwischenstück einer Fernstrasse gebaut hatten, die das geheimnisvolle Sinkiang mit Tibet verband. Es gelangte Proteste in Peking. Sie galten zugleich den Demarkationen auf jener erwähnten ominösen Landkarte, die abermals publiziert worden war, nunmehr in 'China Pictorials'. Nach indischer Darstellung entschuldigten sich die Chinesen. Die Karten seien nur vorsehentlich angefertigte Reproduktionen antiquierter Drucke. Ausserdem habe Tschou En-lai bezeugt, dass die Volksrepublik "die McMahon-Linie als Grenze zwischen

China und Burma" akzeptiere. Aber diese Demarkation war ja 1913 - im Laufe der Konferenz zu Simla - durch McMahon nicht allein über den Norden Burmas hinweg mehr symbolisch denn real gelegt worden; sie trennte auch Assam von Tibet.

Während des diplomatischen Hin und Her hatten Verbände der "Volksbefreiungsarmee" vom Osten zum Westen der Gebirgsmassive des Himalaya und Karakorum eine Reihe von Stützpunkten besetzt. Der damit aller Welt offenbar gewordene Streit spitzte sich 1958, nach der Flucht des Dalai Lama, zu. Nehru verkündete, dass Rotchina 125 000 Quadratkilometer indischer Hoheitsgebietes beanspruche.

#### Niemals öffentlich bekannt gegeben

China hat dagegen - auch im Verlauf der schliesslich erfolgten kriegerischen Auseinandersetzung mit Indien - seine Forderungen niemals öffentlich bekanntgegeben. Es begnügte sich mit dem immer wieder vorgetragenen Verlangen, "über genau zu treffende Demarkationen" mit den Vertretern Indiens verhandeln zu wollen. Die Noten aus Peking drückten dazu nur aus, dass "die alten Grenzen Chinas" wieder hergestellt werden sollten.

Diese "alten Grenzen" sind so verworren, wie es die Geschichte der Staatergebilde im Himalaya selbst ist. Ihre imaginären Linien erstrecken sich auf sämtliche, irgendwie strategisch nutzbaren Pässe im Karakorum und dem sich daran schliessenden viertausend Kilometer langen Verlauf des Himalayas. Zugleich bedeuten sie, dass auch Sikkim und Bhutan an China fallen müssten. Peking würde demnach auf die gesamten Südhänge der Gebirgsmassive und ihrer Ausläufer Anspruch erheben können. Nur Nepal wäre davon ausgenommen. Wahrscheinlich würden damit Nehrus Befürchtungen wegen der "125 000 Quadratkilometer indischen Hoheitsgebietes" noch weit übertroffen werden.

Die Frage nach den rotchinesischen Grenzforderungen lässt sich daher lediglich in dem Sinne beantworten, dass der Grenzverlauf die Hegemonie der Volksrepublik über den Subkontinent sichern soll. Indien würde dann auf lange Sicht ein Satellit der kommunistischen Oligarchie zu Peking werden.

Nehru dürfte sich gewiss dieses furchtbaren Aspekts bewusst sein. Dessen Abwendung erscheint nur dann möglich, wenn es Indien gelänge, eine wirkliche Militärmacht zu entfalten und sie unter den herrschenden Umständen aus dem Boden zu stampfen. Eine nachhaltige sowjetische Hilfe wäre dabei nach allen Erfahrungen mehr als zweifelhaft. Indien müsste sich auf westliche Unterstützungen verlassen; es müsste einsehen, dass es zwischen West und Ost keine aufrichtige Neutralität geben kann. Die Konsequenzen würden sich im Hinblick auf die zu wählenden Bündnisse von selbst ergeben.

#### Pakistan und China

Im Zuge dieser Besinnung müsste aber auch eine befriedigende Lösung der Kashmir-Frage stattfinden. Rotchina hat den seit vierzehn Jahren ununterbrochen schwelenden Streitfall bereits für sich zu nutzen versucht, den Pakistani die Anerkennung Kashmirs als Hoheitsgebiet Pakistans vorgeschlagen und wegen der erwarteten Gegenleistung keinerlei Zurückhaltung geübt: Pakistan möge mit der Volksrepublik China einen Freundschafts- und Beistandspakt schliessen! Würde Indien nunmehr den Vorschlägen Ayub Khans, des Präsidenten von Pakistan, zustimmen,

der allein die Durchführung der von Nehru häufig zugesagten Volksabstimmung in Kashmir will, dann wäre den Chinesen ein Trumpf aus der Hand geschlagen. Ich habe selbst in Rawalpindi und Azad Kashmir die Verbit-terung wahrgenommen, die gegenüber Indien und den Vereinten Nationen besteht, weil das Plebiszit von Nehru konsequent abgelehnt und von der UNO ständig hinausgezögert worden ist. Man könnte einwenden, dass die Kashmir-Frage unter dem rotchinesischen Druck keinesfalls zum Ende gebracht werden dürfte, um das blutende Indien zu schonen. Dieses Argument hat seine Berechtigung. Es schliesst jedoch bindende Zusagen der Westmächte nicht aus, die sich für eine endgültige Lösung des Konflikts im Sinne des eindeutigen Verlangens Ayub Khans verbürgen müssten. Nehru wäre gut beraten, wenn er die Freundschaft Ayub Khans gerade in der bitteren Gegenwart suchen würde.

### Eine Armee von 100 Millionen Soldaten?

Der gesamte Subkontinent Indien fühlt unmittelbar die Drohung der ungeheuerlichen militärischen Macht Rotchinas. Peking vermag in einem totalen Kriege ein Heer aufzustellen, das an Zahl seinesgleichen niemals in der Weltgeschichte hatte. Die Armeen würden insgesamt zwischen achtzig Millionen und hundert Millionen Mann umfassen. Die unter Waffen stehenden Streitkräfte des Heeres, der Luftwaffe und Marine betragen 3,5 Millionen vorzüglich ausgebildeter Soldaten. Die politisch dem System ergebene Miliz rekrutiert sich aus zwanzig Millionen Kommunisten. Sie sind gleichfalls ständige Waffenträger und zumindest eine sehr ernst zu nehmende Hilfstruppe, die den Frieden im Innern unter allen Umständen wahren würde.

Das Landheer wurde nach mongolischer Tradition in 'Zehntausendschaften' gegliedert; sie entsprechen jeweils einer Division. Die rote Führung hat alles getan, um den Streitkräften eine vorzügliche, den härtesten Anforderungen genügende Bewaffnung zu geben. Die Luftwaffe verfügt, so heisst es, über zumindest dreitausend moderner Düsenbomber. Diese Angaben stützen sich unter anderem auch auf Berichte von Grenzgängern, die ich im nördlichsten Teile von Azad Kashmir, in Hunza, dicht vor Sinkiang traf. Sie bestätigten, was mir auch der Präsident von Azad Kashmir erklärte, dass Rotchina die Atombombe bereits besitze.

Das mag zutreffen oder nicht, jedenfalls kann kein Zweifel an dem militanten Kommunismus Chinas und dem militärischen Potential einer gigantischen Bevölkerungszahl bestehen. Gewisse Feststellungen wiesen aus, dass die Planer in der Volksrepublik jährlich fünf Millionen Rekruten theoretisch ausheben könnten. Sie beschränken sich indessen auf 800 000 ausgewählte junge Leute, deren Dienstzeit je nach der Waffengattung drei, vier oder fünf Jahre beträgt. Damit ist seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in China (1955) eine einsatzfähige Reserve von zumindest fünf Millionen Mann geschaffen worden.

Nach Mao Tse-tung ist "der Krieg die höchste Form des Klassenkampfes". Mao hat dem Konzert der Mächte davon eine Ouvertüre im Himalaya dargeboten. Die Lehre daraus darf nur jene sein, dass der Westen die beiden grossen Nationen des Subkontinents zusammenführt. Sie würden sonst jede einzeln von der kommunistischen Oligarchie Asiens verschluckt werden.